

# Glänzende Resultate für die Neuen

Daniel Goepfert (SP) ist ab Februar Grossratspräsident, Daniel Stolz (FDP) Statthalter

Von David Weber

Basel. Gewählt werden die vorgeschlagenen Personen eigentlich immer. Allerdings variiert die Stimmenzahl, welche die amtierenden Statthalter des Grossen Rats bei der Wahl zum Präsidenten erhalten, erheblich. So wurde der amtierende Präsident Markus Lehmann (CVP) vor einem Jahr mit 63 von 93 gültigen Stimmen gewählt. Auch dessen Vorgängerin Anne-Marie von Bidder (EVP) erzielte 2010 mit 76 von 92 gültigen Stimmen ein mässiges Resultat. Der Grund: Einige Parlamentsmitglieder nutzen die Präsidiumswahlen für persönliche oder parteipolitische Retourkutschen. So warfen Lehmann einige Parlamentarier vor, er habe sich vor Parteikollege Oswald Inglin gedrängt. Von Bidder gaben einige Linke die Stimme nicht, weil die EVP bei der Verteilung der Kommissionssitze mit den Bürgerlichen zusammenspannte.

Von solchen Dissonanzen war gestern nichts zu spüren. Daniel Goepfert (SP) wurde mit einem Spitzenresultat zum neuen Präsidenten gewählt. Er erhielt 87 von gültigen 92 Stimmen. Lehmann gratulierte Goepfert zu seinem «glanzvollen Resultat». Das gute Resultat überrascht nicht. Der neue Grossratspräsident hat über die Parteigrenzen hinweg einen guten Ruf.

Der ehemalige SP-Präsident ist ein erfahrener Politiker und hat bereits 14 Jahre als Grossrat auf dem Buckel, von 1997 bis 2001 war er Fraktionspräsident. Der 54-jährige Gymnasiallehrer und Vater dreier Kinder wird ab dem 1. Februar ein Jahr lang das Amt des Grossratspräsidenten ausüben. Eine Aufgabe, die er mit Freude und Respekt angehe, wie er zur BaZ sagte.

## Sorgen der Basler ernst nehmen

Der Grossratspräsident darf usanzgemäss die Aufmerksamkeit, welche das Amt mit sich bringt, nicht für Parteipolitik nutzen – zum Beispiel im Rahmen der zahlreichen Reden. Trotzdem wolle er auch etwas sagen, wenn er rede, sagt Goepfert. Für sein Amtsjahr als Grossratspräsident hat er sich deshalb zwei Ziele gesetzt, die Bevölkerung und Politiker näher zusammenbringen sollen. Erstens wolle er zeigen, dass die



Lächeln nach der Wahl. Daniel Goepfert (r.) ist ab Februar der «höchste Basler», Daniel Stolz neuer Statthalter. Foto Mischa Christen

Basler Parteien besser sind als ihr Ruf. Und zweitens werde er den Mitgliedern des Grossen Rats nahelegen, die Sorgen und Nöte der Baslerinnen und Basler ernst zu nehmen, die zum überwiegenden Teil weniger als 50 000 Franken Einkommen versteuern.

Neben Goepfert wird im nächsten Grossratsjahr ein Freisinniger Platz nehmen. Die FDP ist turnusgemäss an der Reihe, 2012 den Statthalter und 2013 den Präsidenten zu stellen. Die FDP schlug Parteipräsident Daniel Stolz vor, der gestern ebenfalls mit einem respektablen Resultat zum neuen Statthalter gewählt wurde. Der 43-jährige Geschäftsleiter der Aidshilfe beider Basel erhielt 81 von 92 Stimmen. Auch Stolz kann auf langjährige Erfahrung als Parlamentarier zurückblicken. Er ist seit 2001 Mitglied des Grossen Rats, seit 2006 ist er Präsident des Basler Freisinns.

## Versöhnliche Schlussrede des Präsidenten



Markus Lehmann.

Restposten auf der Traktandenliste, für deren Erledigung die Zeit nicht mehr reichte – und hielt seine Schlussrede. Seine Vorgänger hätten bei dieser Gelegenheit gerne die «mangelnde Disziplin» der Parlamentsmitglieder beklagt, sagte der CVP-Politiker. Leh-

mann aber mache das nicht. Er habe den Ratsbetrieb als angenehm empfunden. Sein Wunsch nach Fairness in der Politik sei eingehalten worden. Fairness wünscht sich Lehmann auch zukünftig im Verhältnis von Basel-Stadt und Baselland. In dieser Partnerschaft habe es wegen des Spardrucks beim Nachbarn Rückschritte gegeben, bedauert Lehmann. «Es braucht eine dicke Haut, um die unglücklichen

Entscheide und Voten zu verdauen», sagte er. Trotzdem «sollten wir Baselland unterstützend zur Seite stehen. Denn wir sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen.» Nach seiner Rede schloss Lehmann das aktuelle Grossratsjahr. Beim Start des nächsten, am 8. Februar, wird er dann wieder im Plenum sitzen. daw

## Hinterbank

# Grapscher im Grossen Rat

Von David Weber

Präsident Markus Lehmann hatte das Parlament im Griff. Nur bei einem Thema musste auch er kapitulieren – bei der Durchsetzung des elften Gebots: «Du sollst das Mikrofon nicht begripschen.» So schritt auch gestern – an Lehmanns letztem Präsidententag – Christine Wirz ans Rednerpult und dann machte es «Krrrrrchchchchpffffkchrk». Lehmann zuckte zusammen, schüttelte den Kopf und ermahnte – wie eigentlich in jeder Sitzung –, man solle doch bitte, bitte das Mikro nicht anfassen. Nützen tats wie immer nichts – oder fast nichts. Immerhin hielt Jürg Stöcklin mitten in der Greifbewegung Richtung Mikro inne und sah schuldbewusst zu Lehmann und seinem erhobenen Mahnfinger. Dann aber kam Anne-Marie Pfeifer: «Krrrrrchchchchpffffkchrk». Um ein Haar wäre Lehmann vom präsidialen Hochsitz auf die EVP-Frau gehechtet – er belies es aber bei bösen Blicken und schüttelte eine gefühlte Ewigkeit fassungslos den Kopf. Lehmanns eigene zahlreiche Verstösse gegen das elfte Gebot blieben gestern übrigens folgenlos. Das Mikrofon am Platz des Präsidenten lässt sich geräuschfrei angrapschen. daw



## Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

# Segen für die Neuapostolische Kirche

Die Glaubensgemeinschaft erhält die kantonale Anerkennung äusserst knapp



Erhört. Die Neuapostolische Kirche Basel mit 600 Mitgliedern feiert ihre Gottesdienste an der Breisacherstrasse 35 (Bild von 2010).

Von Ralph Schindel

Basel. Die Hürde ist hoch für die kantonale Anerkennung als privatrechtliche Glaubensgemeinschaft: Es braucht das qualifizierte Mehr, das heisst 51 Parlamentarier müssen zustimmen – unabhängig von der Zahl anwesender Grossräte. Vor einem Jahr verweigerte die Mehrheit der Neuapostolischen Kirche (NAK) noch die Anerkennung. Sie wollte mehr über die Glaubensinhalte der Kirche wissen, die früher als «exklusive Endzeitkirche mit Absolutheitsanspruch» angesehen wurde, wie die Regierung in ihrem Bericht schreibt. Mit-

tels Reformen sei aber ein Prozess der Öffnung eingeleitet worden. Der Exklusivitätsanspruch sei fallen gelassen worden, das Gemeinsame der christlichen Kirchen werde betont.

Aber eigentlich hat der Grosse Rat nicht über Glaubensinhalte zu entscheiden. Die formalen Kriterien, die zur Anerkennung nötig sind, sind die gesellschaftliche Bedeutung, das Respektieren des Religionsfriedens und der Rechtsordnung, eine transparente Finanzverwaltung sowie dass ein Austritt jederzeit möglich sein muss. Diese Kriterien wurden in der Debatte nicht bestritten und sollen laut der zuständigen Finanzdirek-

torin Eva Herzog (SP) mit Jahresberichten, Jahresrechnungen und der zwingenden Meldung von Statutenänderungen kontrolliert werden.

## Diskussion um Verfassungsartikel

«Die aufgeworfenen Fragen sind erschöpfend beantwortet», sagte Oswald Inglin (CVP) für die Bildungs- und Kulturkommission. Auch wenn vereinzelt die gesellschaftliche Bedeutung der NAK bestritten oder der ungehinderte Austritt hinterfragt wurde, drehte sich die Debatte eher um Artikel 133 der neuen Kantonsverfassung, der dem Parlament die Anerkennungsaufgabe überträgt. So bekundete Salome Hofer (SP) Mühe damit: «Wir sollten uns nicht in die Religionsfreiheit einmischen.» Und sie fragte das Plenum, ob der Artikel nicht aus der Verfassung entfernt werden solle. Damit ging sie mit Martina Bernasconi (GLP) einig, die ihren Exkurs in die Zeiten des Verfassungsrats mit der gleichen Frage beendete.

«Wir haben eine Verfassung und müssen ihr folgen», sagte dagegen Bernasconis Parteikollege David Wüest-Rudin. Mit der Kritik am Artikel könne man sich nicht dem Verfassungsauftrag entziehen, kritisierte er Hofer, die zuvor sagte, dass sie sich der Stimme enthalten werde. Auch Inglin monierte, dass man mit einer Verweigerungshaltung den Auftrag der Verfassung ablehne. Die Christengemeinschaft ist 2010 als erste Glaubensgemeinschaft anerkannt worden. «Wer damals Ja sagte, muss es jetzt auch.»

Am Schluss wurde der NAK exakt mit den notwendigen 51 Stimmen die Anerkennung erteilt. Dies bei 20 Nein und 16 Enthaltungen.

## Nachrichten

### Höhere Subvention für Kinder- und Jugendarbeit

Basel. Die offene Kinder- und Jugendarbeit erhält von 2012 bis 2015 jährlich einen Beitrag von rund 5,8 Millionen Franken. Die SP setzte sich mit einer Erhöhung um 100 000 Franken pro Jahr durch. Ein Detailantrag der LDP, dem Jugendzentrum Dalbeloch eine Erhöhung der Mittel um 17 000 Franken nicht zu gewähren, wurde dagegen abgelehnt. In der offenen Kinder- und Jugendarbeit engagieren sich die Robi-Spiel-Aktionen, das Haus für Kinder und Eltern, der Regionalverband der Basler Blaukreuzjugend, das Basler Kindertheater, der Kindertreffpunkt zum Burzelbaum, der Jugendförderverein Oberes Kleinbasel, ooink ooink Productions, die Basler Freizeitaktion, das Jugendzentrum Dalbeloch, Eulerstrooss nützen, die Mobile Jugendarbeit Basel und die Stiftung idée:sport. Die Subventionen wurden mit grossem Mehr gegen zehn Stimmen beschlossen. rs

### Mehr Geld für die Fondation Beyeler

Basel/Riehen. Das private Beyeler-Museum in Riehen erhält für die Jahre 2012 bis 2015 mehr Geld. Das Parlament erhöhte gestern die jährliche Subvention um 100 000 Franken auf 1,965 Millionen. Die SVP plädierte für eine Beibehaltung der heutigen Subventionshöhe. Dies aus Rücksicht auf die staatlichen Museen, die unter einem grossen Spardruck stünden. Der SVP-Antrag hatte aber keine Chancen. Letztmals wurde die Subvention für das Museum mit weltweiter Ausstrahlung, wie mehrere Parlamentarier lobten, 1997 erhöht. daw

### Unfallversicherungskasse bleibt erhalten

Basel. Das Gesetz betreffend die Versicherung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons Basel-Stadt bei Unfall und Krankheit muss an Bundesrecht angepasst werden. Die Mehrheit der Wirtschafts- und Abgabekommission wollte gleichzeitig die obligatorische Unfallzusatzversicherung in der 2. Klasse streichen lassen. Die möglichen Auswirkungen auf die Unfallversicherungskasse blieben gestern unklar. Die Streichung lehnte der Rat mit 47 gegen 41 Stimmen ab. Dem revidierten Gesetz stimmte er mit 41 zu 34 Stimmen zu. rs

### SP-Grossrätin Martina Saner tritt zurück

Basel. Auf Ende Januar gibt Martina Saner (SP, 45) ihr Grossratsmandat nach siebenjähriger Parlamentstätigkeit ab. Wer von der SP für Saner nachrücken wird, ist noch offen, wie Fraktionspräsidentin Tanja Soland und Sabine Canton vom Parlamentsdienst sagen. Die bisher angefragten Nachrückenden hätten laut Canton abgesagt. daw

### Rockförderverein erhält 390 000 Franken pro Jahr

Basel. Damit der Rockförderverein Basel (RFV) seine Aufgabe als Kompetenzzentrum für die regionale Popmusikförderung professionell wahrnehmen kann, hat das Parlament für 2012 bis 2015 eine jährliche Subvention von 390 000 Franken bewilligt. Die SVP setzte sich für eine Subventionskürzung ein, erhielt für diese Forderung aber keine Unterstützung. daw